Zu Punkt **5.20** der Tagesordnung des Wirtschaftsparlamentes vom 28.11.2019

## **WIRTSCHAFT GRÜNER DENKEN?**



G

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 28. November 2019

7. November 2019

#### EINE REFORM DER WIRTSCHAFTSKAMMER, DIE DEN NAMEN VERDIENT

Die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) steigt kontinuierlich und gerade sie brauchen eine serviceorientierte, reaktionsschnelle Interessenvertretung. Die Wirtschaftskammer dagegen ist eine lange gewachsene Organisation. Sie hat einen Strukturapparat entstehen lassen, der weit mehr Energie ins Bewahren des Status als in das zeitgemäße Agieren und Kreieren investiert. Reformansätze der Wirtschaftskammer sind stets aus der Blickrichtung der internen Abläufe und weniger aus den Bedürfnissen der Mitglieder nach Transparenz und schnellen, praxisnahen Lösungen für ihre berufsspezifischen Interessen gekommen.

Es ist hoch an der Zeit, eine Interessenvertretung zu schaffen, die die Mitglieder widerspiegelt, statt föderale Strukturen zu bewahren und gesellschaftspolitische Gräben zu schaffen, die kaum ein\*e Unternehmer\*in mehr lebt. Die Kammern der aufgebauschten Sitzungen und Funktionen gehören nicht mehr ins 21. Jahrhundert. Eine schlanke und effiziente Wirtschaftskammerorganisation, die die Interessen der Mitglieder gegenüber dem Bundesgesetzgeber vertritt, muss mit der Zeit gehen, denn die für die Wirtschaft relevanten gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen werden großteils auf Europaund Bundesebene festgelegt.

Folgende Maßnahmen sind zu berücksichtigen:

subsidiären Mitgliederbetreuung aufzuwerten.

 Aus 10 mach 1
 Die bestehende Struktur aus bis zu zehn Einzel-Branchenvertretungen ist größtenteils nicht mehr notwendig. Zur Einbeziehung der Mitglieder kann verstärkt auf digitale Kommunikationsmittel zurückgegriffen werden. Daher sollen die Landeskammern zu regionalen Geschäftsstellen ohne Rechtpersönlichkeit umgewandelt werden. Die Service- und Beratungseinrichtungen bleiben erhalten, wobei auch bei diesen im Zuge der Digitalisierung eine Verschlankung der Strukturen erwartet werden kann. Fachgruppen werden aufgelassen, eine einzige Branchenvertretung pro

Berufsgruppe auf Fachverbandsebene ist ausreichend. Die Regionalstellen sind im Sinne einer

- 2. Grundlegende Reform der Fachorganisationsstruktur
  Fachverbände, in denen unterschiedlichste, teils wesensfremde Berufsgruppen miteinander
  organisiert sind, werden geteilt, was deren Anzahl zwar erhöht. Für die Existenzberechtigung
  eines Fachverbandes ist nach wie vor eine Mindestanzahl an Mitgliedern erforderlich. Die
  Abschaffung der Landesfachgruppen (siehe 1.) und Spartenvertretungen führt insgesamt aber zu
  einer deutlichen Reduktion der Körperschaften, Gremien und der Anzahl der Funktionär\*innen
- 3. Dezentralisierung der Zentren Eine bundesweit einheitliche Interessensvertretung bedeutet nicht, dass alle Entscheidungen "in Wien" getroffen werden müssen. Fachverbände, bei denen dies sinnvoll ist, haben ihren Sitz in den Regionen (z.B. Fachverband der Seilbahnen in Innsbruck).

und gleichzeitig zu einer zielgerechteren Auffächerung der Interessenvertretung.

4. Stopp für Mehrfach-Mitgliedschaften Eine bundesweite Branchenvertretung bedeutet auch, dass jeder Betrieb österreichweit nur noch einmal Mitglied der Wirtschaftskammer ist. Damit ist Schluss mit der Mehrfachmitgliedschaft bei mehreren Standorten in unterschiedlichen Bundesländern.

### **WIRTSCHAFT GRÜNER DENKEN?**

#### JA, KAMMA!

G)

- Deckelung des Mitgliedsbeitrages für EPU bei 100,00 € / Jahr EPU mit geringem Umsatz zahlen künftig maximal 100,00 € / Jahr an Mitgliedsbeitrag für die Wirtschaftskammer.
- 6. Stopp für Mehrfach-Umlagen Senkung der Lohnnebenkosten Die Grundumlage und die Kammerumlage 2 werden abgeschafft. Die Kammerumlage 1 (abhängig von der Vorsteuer) wird auf alle Mitglieder ausgedehnt, wobei diese bei Mitgliedern mit geringem Umsatz pauschaliert wird (siehe 6.). Die Aufteilung der Umlagen-Einnahmen auf die Fachverbände erfolgt nicht nach Mitgliedschaften, sondern nach sachlicher Notwendigkeit. Dies führt dazu, dass alle Fachverbände mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden, um ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen.
- 7. Volle Transparenz Alle Sitzungen sind öffentlich. Die Sitzungsunterlagen aller Gremien sind einsehbar. Die Sitzungsprotokolle, die Voranschläge und die Rechnungsabschlüsse werden auf der Website der Wirtschaftskammer beziehungsweise der jeweiligen Gremien veröffentlicht.
- 8. Passives Wahlrecht für alle Mitglieder Bei der Wirtschaftskammerwahl sind Drittstaatsangehörige derzeit laut § 73 (7) und (8) Wirtschaftskammergesetz vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen, obwohl sie zur Mitgliedschaft gesetzlich verpflichtet sind. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten sind jedoch ein wesentliches Element zur Identifikation mit einer Organisation. Daher sollen alle Mitglieder der Wirtschaftskammer hinsichtlich des aktiven und passiven Wahlrechts gleichgestellt werden.
- Direktwahl des Wirtschaftsparlaments
  Bei der Wirtschaftskammerwahl wird zukünftig mit zwei Stimmzetteln abgestimmt. Mit dem
  ersten wird die Fachvertretung gewählt, mit dem zweiten in einer Direktwahl die Vertretung im
  Wirtschaftsparlament. Die Hochrechnung der Fachvertretungsergebnisse entfällt damit
  vollständig.
- Transparenz der Wähler\*innengruppenförderung Zur Glaubwürdigkeit einer demokratisch organisierten Interessenvertretung gehört auch eine gesetzlich geregelte, transparente, österreichweit einheitliche Verteilung der Mittel innerhalb der Wirtschaftskammern.

# Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Das Geschäftssystem der WKO leitet entsprechende Maßnahmen ein, um die in der Begründung genannten Punkte umzusetzen. Ebenso werden Funktionär\*innen aller Fraktionen in die Prozesse einbezogen. Wo erforderlich, werden Vorschläge zur Novellierung des Wirtschaftskammergesetzes vorbereitet und dem erweiterten Präsidium wird laufend über den Fortschritt berichtet. In weiterer Folge setzt sich die Wirtschaftskammer bei der Bundesregierung und den im Nationalrat vertretenen Parteien aktiv für die Umsetzung der erarbeiteten Novellierungs-Vorschläge ein.

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Sabine Jungwith